

AGGRO- polis

In Griechenland wird wieder einmal heftig protestiert. Diesmal nicht gegen Spardiktate, sondern gegen den neuen Namen eines Nachbarlands. Stolpert Ministerpräsident Tsipras jetzt über die Mazedonien-Frage? **3**



Das „wahre“ Mazedonien reklamieren „patriotische“ Griechen für sich. Und protestieren gegen den Namen „Nord-Mazedonien“, wie hier in Athen 2018 Foto: Giorgos Zachos/SOPA Images/LightRocket/Getty Images

#

#upskirting
von Eléonore Roedel

2



Kommentar von Klaus Hillenbrand zum griechisch-mazedonischen Namensstreit

Die Seuche des Nationalismus

Da erregen sich Griechen über ein vermeintlich flammendes Unrecht. Am Sonntag wollen sie zu Hunderttausenden auf die Straße gehen, um gegen ihren Premier zu protestieren. Handgreiflichkeiten sind zu befürchten, vielleicht gar Verletzte. Der Volkszorn kocht, die Seele der Nation ist getroffen.

Doch es geht nicht um Lohnneinbußen, höhere Steuern oder Arbeitslosigkeit. Die Menschen sind empört, weil das nördliche Nachbarland den Namen Nord-Mazedonien tragen soll, ganz ähnlich der nördlichen Provinz Griechenlands, die Mazedonien heißt. Die sei ein Ausverkauf nationaler Interessen und es gefährde die eigene Grenze, vulgo die heilige Souveränität, heißt es.

Es ist der absolute Irrsinn. Und er funktioniert so, wie Nationalismus immer funktioniert: mit einem abgrundtief bösen und dazu fremden Gegner, Appellen an den eigenen Patriotismus in ei-

ner angeblich homogenen Gesellschaft – und mit Angst vor einer imaginären Bedrohung.

Die Aufwallung patriotischer Gefühle unter griechischen Nationalisten könnte uns einigermaßen kalt lassen, ginge es nur um Griechenland und Mazedonien. Doch die nationalistische Krankheit entwickelt sich überall auf dem Kontinent zu einer Seuche. Sie trennt Krim-Bewohner von Ukrainern, griechische von türkischen Zyprioten, Moldauer von Bewohnern Transnistriens, Katalanen von Spaniern und Flamen von Wallonen. Sie schafft in ihrer jeweiligen Blase mehr Solidarität als noch die schärfste Ungerechtigkeit zwischen Arm und Reich. Und sie droht, die EU von innen heraus zu zerfressen.

Denn Nationalismus kennt qua Definition nur die Interessen der postulierten eigenen Gemeinschaft. Er ist unfähig, auch die Nöte des Nachbarn zu sehen und einen Ausgleich zwischen Staaten

zu schaffen – so wie es vor mehr als sechs Jahrzehnten mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beabsichtigt war. Nationalismus schafft zuerst Hass gegen die anderen, dann Krisen und, wenn es schlecht läuft, Krieg.

Für manche Politiker ist es reizvoll, auf die nationale Karte zu setzen, weil das so ertragreich ist. Die AfD reitet erfolgreich auf dieser Welle, so wie eine ganze Reihe ähnlich gewebter Parteien in Europa. Das Einzige, was dabei hoffen lässt, ist, dass diese Parteien niemals zu einem gemeinsamen Konsens finden werden. Eine schwache Hoffnung in einem Meer des Irrationalen. Für alle aber, die sich dazu bekennen, links zu denken, gleicht das Setzen auf die nationale Karte einer Bankrotterklärung. Wer in nationalen Schablonen argumentiert und glaubt, Europa nicht so wichtig nehmen zu müssen, betreibt das Geschäft der Reaktion. **3**

Ausgabe Berlin
Nr. 11835
€ 2,30 Ausland
€ 1,80 Deutschland

Die taz wird ermöglicht durch

18.629

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de



50603

Die jungen Opfer des Mr Trump

Im US-amerikanischen El Paso leben Flüchtlinge aus Mittelamerika unter prekären Umständen. Vor allem Kinder und Jugendliche leiden unter Hitze, Kälte und der harten Haltung der Trump-Regierung **4-5**

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble zeigt sich äußerst unzufrieden mit der politischen Partizipation von Frauen in Deutschland. Es gebe bei der Gleichstellung noch einiges zu tun – „nicht zuletzt in Politik und Parlament“. Zwar gebe es eine Bundeskanzlerin und weitere Frauen in Spitzenpositionen. Aber: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.“ Schäuble muss also weiter kämpfen.

Für Merz.

Neues Album von Pop-Wunderkind James Blake

Sängerknabe meets US-Rapper, mischt dann ein paar Flöten und Cembali, greift zu minimalistischen Stimmeffekten und produziert mitreißende Flows: James Blake hat sich entwickelt, wie sein neues Album „Assume Form“ zeigt **15**